

**Medienkonferenz, 18. September 2003: Einreichung der Gentechfrei-Initiative**

**Die Landwirtschaft und Konsumenten stehen mit grosser Mehrheit hinter dem Moratorium**

*Josef Kunz, NR SVP, Vizepräsident Bäuerliches Zentrum Schweiz*



*Es gilt das gesprochene Wort*

Was spricht für ein fünfjähriges Moratorium?

Die schweizerische Landwirtschaft ist je länger, desto mehr internationalen Märkten ausgesetzt. Die Landwirtschaft kann ihre Produktion nicht auslagern, wie dies der Industrie möglich ist. Vielmehr ist unsere Landwirtschaft gezwungen, im hohen Kostenumfeld Schweiz zu produzieren. Wir sind uns einig, dass wir Bauern bei diesen Bedingungen nie zu vergleichbaren Preisen wie in der EU Nahrungsmittel anbieten können. Kommt dazu, dass die Verarbeitung in der Schweiz bis zu 30% mehr kostet als in der EU. Auch zu berücksichtigen ist, dass unsere Landwirtschaft durch die bilateralen Verträge II und WTO weiter unter Druck kommen wird.

Deshalb ist es von ausserordentlicher Wichtigkeit, dass sich unsere Produkte nicht bloss im Preis, sondern auch in der sorgfältigen Produktion im Bezug auf Tierschutz und Ökologie vom Ausland abheben. Dazu bietet das fünfjährige Moratorium eine ausserordentliche Chance, Lebensmittel, die aus unseren Landwirtschaftsprodukten hergestellt werden, gentechfrei als Spezialität im In-, aber auch im Ausland zu positionieren. Ich bin überzeugt, dass wir im Export nur mit Spezialitäten eine Chance haben - und dies könnten gentechfreie Produkte sein.

Gerade die bilateralen Verträge zeigen, wie schwierig es ist, unsere Produkte, sprich Käse, in der EU zu positionieren und zusätzliche Märkte zu gewinnen. In der klein strukturierten Landwirtschaft der Schweiz werden gentechfreie Landwirtschaft und Gentech-Landwirtschaft nicht nebeneinander Platz haben, ein weiterer Grund, hier zurückhaltend zu sein. Deshalb ist es für unsere Landwirtschaft ausserordentlich wichtig, dass diese Volksinitiative zur gentechfreien Produktion heute eingereicht wird. Nur so erhalten wir Bauern den nötigen Spielraum, die Lage nach Ablauf des fünf jährigen Moratoriums neu zu beurteilen.